

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

EINLEITUNG	11
<u>1. TEIL: GRUNDLAGEN DER PLANUNGSFUNKTION IN DER PARLAMENTARISCHEN OPPOSITION</u>	13
I. Das amerikanische Planungs-Programmierungs- und Budgetierungsverfahren (PPBS)	14
1. Das "management by objectives"	15
2. Die Systemanalyse als Planungsmethode	18
II. Entwicklung und Erfahrungen mit PPBS in Amerika	19
1. Der Trend zur Bewertung (evaluation)	20
2. Stärkung der Exekutive-Schwächung der Legislative	22
III. Anfänge eines Planungssystems der Bundesregierung	28
1. Fehlen von "planning" und "programming"	29
2. Parlament u. Opposition im Rahmen politischer Planung	31
IV. Auf- und Ausbau eines Aufgabenplanungssystems der Bundesregierung 1969	34
1. Elemente des Aufgabenplanungssystems	34
Die Planungsbeauftragten	35
Das Vorhabenerfassungssystem	36
Die Planungsabteilung des Bundeskanzleramtes	37
2. Der Zwischenbericht der "Enquete-Kommission für Fragen der Verfassungsreform"	39
3. Scheitern des Aufgabenplanungssystems der Bundesregierung	41
4. Kommissionsmodell für die Organisation der Zusammenarbeit der Regierung	43
5. Resumée	46

V.	Verschiedenartigkeit der Planungssysteme von Parlament und Opposition gegenüber Exekutive und Unternehmen der Privatwirtschaft	49
	1. Grundsätzliche Fragen der Planung	50
	2. Information als Voraussetzung jeglicher Planung	54
VI.	Die Opposition mit planerischer Funktion	56
	1. Verhaltensmaximen der Regierung	56
	2. Verhaltensmaximen der Opposition	58
	3. Notwendigkeit des Rollenwechsels beim Wechsel von Regierungspartei zur Opposition	62
	4. Einbeziehung des Bundesrats in ein System politischer Planung	65
 <u>2. TEIL: KONTROLLSTRATEGIEN EINER PARLAMEN-</u> <u>TARISCHEN OPPOSITION</u>		69
I.	Allgemeines	70
II.	Bewertung von Regierungsmaßnahmen	71
III.	Ansatzpunkte für eine eigene Kontrollstrategie der Opposition	74
	1. Kontrollpunkte	74
	2. Finanz- und Haushaltspolitik als Mittelpunkt der Kontrollstrategie	75
	3. Der Finanzplan als Grundlage rationaler wirtschafts- und finanzpolitischer Entscheidungen	77
	4. Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft	79
	- Kontrolle wirtschaftspolitischer Zielsetzungen	
	- Alternativrechnungen (Einsatz von Großrechenanlagen)	
	- §§ 10 und 12 Stabilitätsgesetz	
IV.	Notwendigkeit eines "frame work" für die Kontrollstrategie	89
V.	Anstreben einer "output-orientierten" Budgettechnik	93

1. Konzept der Projektgruppe zur Regierungs- und Verwaltungsreform	95
- Keine getrennte Aufgaben- und Finanzplanung-	
2. Stärkung von Parlament und Opposition im Kontrollprozeß	98
VI. Interne Erfolgskontrolle der Exekutive in der Diskussion des deutschen Bundestages	99
- Abgeleitete Erfolgskontrolle der Opposition	
- Die Wissenschaftsdebatte vom 7. Februar 1968	
- Interne Erfolgskontrolle kein Ersatz für eigenständige Kontrollstrategie der Opposition	
<u>3. TEIL: ALTERNATIVPLANUNGEN IN DER PARLAMENTARISCHEN OPPOSITION</u>	115
I. Operationaler Ansatz für Alternativplanungen	116
1. Parallelen zum Verteidigungsbereich	116
2. "Bedrohungsstudie" als Grundlage der Planung im Verteidigungsbereich	117
a) Joint Long-Range Strategic Study	118
b) Joint Strategic Objectives Plan	118
c) Joint Strategic Capabilities Plan	118
3. Gesichtspunkte einer "Bedrohungsstudie" der Opposition	119
II. Notwendigkeit eines "frame work" als Klassifikationsschema für Informationen	122
1. Der "Funktionenhaushalt" des Langzeitprogramms der SPD	124
2. Wert- und Zielkatalog, abgeleitet aus Maßnahmen der Regierung	125
3. Übereinstimmung von Zielen und gesellschaftlichem Wertsystem	126

III. Phasen des "Aufgabenplanungssystems" der Bundesregierung	129
1. Entwicklung	129
2. Planungsüberlegungen durch Orientierung an ausländischen Systemen und Erkenntnissen der Futurologie	132
3. Falsche Personalführung und -politik und ihre Auswirkungen	136
IV. Heranziehung politischer Analysen bei der Planung	141
1. Koordination und Kooperation zwischen Partei und Fraktion	144
2. Orientierung an Ziel- und Maßnahmeplanung von Regierung und Regierungspartei	146
3. Planungsapparatur und Planungsgruppe von Abgeordneten	149